

Parlamentarische Geschäftsführerin
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Marianne Schieder, parlamentarische Geschäftsführerin;
Dirk Wiese, stellvertretender Fraktionsvorsitzender:

Erinnerung ist unser aller Verantwortung, um der Vergangenheit gerecht zu werden und für die Zukunft zu lernen. Das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau steht als eines von hunderten Lagern sinnbildlich für die beispiellosen Gräueltaten der Nationalsozialisten. Vor 77 Jahren, am 27. Januar 1945, wurde es von der Roten Armee befreit. Seit 1996 gedenkt die Bundesrepublik Deutschland an jenem Jahrestag den Opfern des Nationalsozialismus.

„An diesem Tag halten wir inne und verneigen uns vor den Opfern. Doch Erinnerung darf nicht zur Geste erstarren. Denn an jedem einzelnen Tag liegt es in unserer Verantwortung, dass ein solches Menschheitsverbrechen nie wieder geschehen kann. Wir müssen nicht nur gegen das Vergessen ankämpfen, sondern auch gegen jene, die die Verbrechen leugnen oder relativieren und den Opfern zum zweiten Mal ihre Menschenwürde absprechen wollen.“

Wir stehen ungebrochen in der Verantwortung, die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und das Gedenken an die Menschen, die ihnen zum Opfer fielen, wachzuhalten. Dieses Gedenken richtet sich auch an die Zukunft, denn der Zulauf zu Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus macht deutlich, dass die geschichtlichen Ereignisse nicht automatisch immun gegen menschenverachtende Ideologien machen.

Wir sind heute gefordert, Erinnerungskultur aktiv zu gestalten. Gedenkstätten als Orte der Erinnerung werden wir schützen und solide finanzieren. Ein Schlüssel, um die Ungeheuerlichkeit der nationalsozialistischen Gräueltaten zu begreifen, sind die bedrückenden persönlichen Erfahrungen der Opfer. Daher wollen wir Zeitzeugenberichte erhalten und umfassend digitalisieren.

Gerade junge Menschen müssen mit Bildungsangeboten erreicht und bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte unterstützt werden. Das vom Bundestag beschlossene Förderprogramm ‚Jugend erinnert‘ soll verstetigt werden. Ziel der SPD bleibt ein Demokratiefördergesetz zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich gegen Extremismus und Menschenverachtung einsetzen.“

Impressum

Nr. 7.2022 / 26. Januar 2022

Herausgeberin: Katja Mast, MdB
Redaktion: Albrecht von Wangenheim

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter
www.spdfraktion.de abgerufen
werden.